

Freiburger Wohlbefinden

Glaubensfrage

Von Heinz Siebold

Wer nach dem Motto „Wir sind die Tollsten!“ lebt, lebt riskant. Denn kaum kratzt jemand ein klitzekleines Bisschen am Lack, kann es zur kollektiven Psychose der Mimosen kommen. Wie das geht, kann man gerade (wieder einmal) in Freiburg studieren. Was hat die Stadt, was hat ihr Tourismus- und Wirtschaftsförderer nicht alles getan, um die Öko- und Solarhauptstadt, die Stadt der Breisgaubrasilianer, die am grünsten regierte Green City in aller Welt anzupreisen?

Das Biotop der konsequentesten Atomkraftgegner und Musterstadt der ökologisch-demokratischen Schachtelbauweisen. Das kleine gallische Dorf, das dem Imperium, wo immer es sich zeigt, die trotzige Stirn bietet. Kurz: die Wohlfühlstadt, die hat, was alle suchen. Und immer dann, wenn alle ganz fest daran glauben, dass dies alles so wahr sei wie der ewige Sonnenschein im Breisgau, kommt ein Institut mit einem Ranking über Wohlstand, Arbeit und Wohlbefinden, und es macht Puff: Freiburg nur auf Platz 226 aller untersuchten deutschen 409 Städte und Kreise. Nur Mittelmaß und in Baden-Württemberg nur Platz 44 und damit Letzter. Geschlagen nicht nur von Großstädten wie München bundesweit, sondern landesweit auch von Böblingen. Böblingen!

Ach, ist das frustrierend. Die Breisgauer Presse ergeht sich in Selbstmitleid, und der Freiburger Wirtschaftsförderer Bernd Dallmann grätscht mannhaft in die Beine der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die das Ranking-Machwerk auf den Markt geworfen und Freiburgs Seele zutiefst getroffen hat. Nein, Freiburg sei mitnichten die verschuldete Stadt der Armen, Arbeitslosen und Kriminellen. „Kirchtumsbezogen“ seien die Statistikmethoden, alles falsch. Was heißt es schon, dass Freiburg in den Kategorien Wohlstand, Kaufkraft, Arbeitsmarkt und Straftaten landesweit letzte Plätze und den vorletzten Platz bei Einkommensteuerkraft, Arbeitsplatzversorgung und den öffentlichen Schulden belegt? Alles nur, weil nicht genau hingeschaut wurde. Denn versorgt Freiburg mit seinen Arbeitsplätzen, seinen Kindergärten, seinem Theater, seiner Universität, seiner Universitätsklinik und seinen Schulen nicht auch ein großes Umland?

Ja sicher. Aber tun das nicht auch andere Städte? Was die Studie abbilde, „das ist nicht die Realität“, befindet der Wirtschaftsförderer Dallmann kurz und bündig. Dann ist es ja gut. An den Ufern der Dreisam hat das Erbe Winston Churchills offenbar einen sicheren Hort gefunden. Der Brite ist bekannt für sein Bonmot: „Ich traue keiner Statistik, die ich nicht selbst gefälscht habe.“ Aber selbst dieses Zitat könnte gefälscht sein. Böse Welt. Aber morgen scheint wieder die Sonne, und alles wird gut. Bis zum nächsten Ranking.

Olgahospital profitiert von Klinikförderung

STUTTGART (tb). Stuttgart profitiert von Landeszuschüssen für Kliniken in diesem Jahr besonders. Von 162 Millionen Euro, mit denen das Land Sanierungen, Modernisierungen und Neubauten von kommunalen, gemeinnützigen und privaten Krankenhäusern unterstützt, fließen in den Neubau von Olgahospital und Frauenklinik in der Landeshauptstadt allein 120 Millionen Euro. Außerdem werden der Ersatzneubau der Charlotten-Klinik für Augenkrankte und Erweiterungen in der Urologie des Diakonnenkrankenhauses in Stuttgart mit noch nicht feststehenden Beträgen gefördert. Insgesamt werden 18 Projekte bezuschusst, darunter auch Vorhaben der Klinik am Eichert in Göppingen sowie zwei Maßnahmen an den beiden Standorten der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim.

„Irgendwann muss man auch mal klozzen“, kommentierte Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) das vom Kabinett verabschiedete Programm. Nachdem in jüngster Vergangenheit der Klinikneubau in Villingen-Schwenningen Schwerpunkt der Förderung war, profitiere jetzt Stuttgart, „und dann wird wieder eine Weile Ruhe sein“, so Oettinger. Sozialministerin Monika Stolz (CDU), sagte, dass mit dem Programm der Antragsstau für Investitionen auf 1,2 Milliarden Euro abgebaut werden könne.

Schüler zurück trotz antijüdischer Parolen

PFORZHEIM (lsw). Fast vier Monate nach dem Skandal um Parolen gegen einen jüdischen Jungen in der Nähe von Pforzheim besuchen zwei der mutmaßlichen Täter wieder ihre Schule. Sie waren eigentlich vom Pforzheimer Kepler-Gymnasium geflogen, hatten aber Einspruch gegen die Schulverweise eingelegt. Vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe soll Ende dieser Woche in einem Eilverfahren entschieden werden, ob sie das Gymnasium verlassen müssen. „Da dies ein schwebendes Verfahren ist, hat uns das Gericht gebeten, den Verweis vorläufig auszusetzen“, sagte ein Sprecher des Regierungspräsidiums. Bei Eilverfahren sei dies ein übliches Vorgehen, sagte eine Gerichtssprecherin. Damit solle vermieden werden, dass vor einer juristischen Entscheidung Fakten geschaffen würden.

Gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichtes kann Beschwerde vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg in Mannheim eingereicht werden. Die beiden Schüler gehören zu einer Gruppe von Jugendlichen, die am zweiten Weihnachtsfeiertag 2008 vor dem Haus eines 17-jährigen jüdischen Mitschülers Parolen skandiert und Feuerwerkskörper abgeschossen hatten. Einer der drei mutmaßlichen Haupttäter wurde von der Schule abgemeldet. Zwei weitere waren Mitte März von der Schule ausgeschlossen worden. Das sei eine „verhältnismäßige und angemessene Maßnahme“, hatte Direktor Siegbert Sonnenberg damals gesagt.

NORDHEIM. Schlichte Zimmer ohne Dusche und eine Vesperplatte als Maximalangebot sind Vergangenheit. In ihrem Werben um anspruchsvolle Feriengäste setzen Tausende von Bauern im Land auf Verwöhnqualität. Und das mit wachsendem Erfolg.

Von Wieland Schmid

Als CDU-Landtagsabgeordneter muss sich Karl Rombach um sein Einkommen keine Sorgen machen. Als Bauer schon, aber inzwischen hat sich der Landwirtschaftsmeister aus Schonach im Schwarzwald-Baar-Kreis eine lukrative Geldquelle erschlossen. „Zehn bis fünfzehn Prozent meines Verdienstes kommen heute aus dem Tourismus“, sagt der Besitzer des 400 Jahre alten Klauserhoofs und verweist stolz darauf, dass seine beiden Ferienwohnungen nunmehr vom Deutschen Tourismusverband (DTV) von drei auf vier Sterne aufgewertet worden sind. Damit liegt der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft „Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-Württemberg“ gut im Rennen in einer ländlichen Branche, die mit ihren Sternen wächst und keineswegs in der Krise steckt.

„Urlaub auf dem Bauernhof liegt im Trend“, bestätigte dieser Tage auch Friedlinde Gurr-Hirsch den Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft, die zur Eröffnung der Saison 2009 in Nordheim im Landkreis Heilbronn zusammengekommen waren. Als ehemalige deutsche Weinkönigin war die CDU-Landtagsabgeordnete und Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum besonders stolz darauf, dass die Saisoneroöffnung erstmals im Unterland und damit in ihrem Wahlkreis stattgefunden hat. Mit dem Nordheimer Weingut Müller konnte das Ministerium gleichzeitig einen bäuerlichen Gastrobetrieb vorweisen, mit dem der neueste Qualitätsstandard einheimischer Ferienhöfe demonstriert werden kann.

„Die Zeiten sind vorbei, in denen mal schnell ein Zimmer freigemacht wird“, sagt die Wengertertochter Friedlinde Gurr-Hirsch über die Entwicklung der letzten Jahre. „Heute wird auf den Urlaubshöfen die gleiche Qualität wie in Hotels und Pensionen erwartet.“ Rund 200 000 Euro hat das Ehepaar Siegfried und Ricarda Müller in zwei Ferienwohnungen und drei Doppelzimmer mit zusammen bis zu 14 Betten investiert, um damit das ganze Jahr über Gäste auf ihr Weingut zu locken. „Wir haben keine Frem-



Ein Blick in einen echten Kuhstall lockt heutzutage keinen auf den Bauernhof – wenn Feriengäste dort aber mit allem möglichen Komfort verwöhnt werden, sieht die Sache ganz anders aus.

Foto dpa

denzimmer, sondern Gästezimmer“, umschreiben der 48-jährige Kellermeister und die 45-jährige Betriebswirtin den angebotenen Komfort. Moderne Möbel, TV, Duschen, Spülmaschinen, ISDN-Anschluss, Külschrank, Kaffeemaschine, komplette Küchen in den Wohnungen und Verpflegung mit regionalen Lebensmitteln im eigenen Speisezimmer sind selbstverständlich. Damit und mit Preisen von 45 Euro pro Zimmer und 56 Euro pro Wohnung für jeweils zwei Personen haben die Müllers vom DTV vier Sterne zugesprochen bekommen.

„Unsere Zielgruppe sind die Genießer“, sagt Siegfried Müller. „Die kommen das ganze Jahr über und sorgen für eine Auslastungsquote von mehr als siebzig Prozent.“ Rund 2500 der insgesamt 50 000 baden-würt-

tembergischen Bauernhöfe betrachten den Tourismus mittlerweile als „wesentliche Tragsäule“. Mit wachsender Tendenz: „Jedes Jahr wächst die Zahl der Mitgliedsbetriebe um zehn bis 20 Prozent“, sagt der Vorsitzende Karl Rombach stolz. Nach seinen Angaben hat 2008 nur jeder fünfte Betrieb über eine geringere Auslastung als im Vorjahr geklagt. Achtzig Prozent der Mitglieder berichten dagegen von einer „stabilen oder positiven“ Entwicklung der Gästezahlen.

Dafür haben sie laut Rombach in den letzten Jahren ihre Angebote ständig „entsprechend den Wünschen der Urlauber verbessert und erweitert“. Fast neunzig Prozent aller Höfe, die im Gastgeberverzeichnis „Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-Württemberg“ oder auf der Internetseite der Landesar-

beitsgemeinschaft für sich werben, können sich mittlerweile mit drei oder vier Sternen schmücken, einige sogar mit fünf Sternen.

Im Landwirtschaftsministerium wird die Entwicklung mit Begeisterung verfolgt. „Wir haben zwar keine verlässlichen Zahlen“, bedauert die Ministerialrätin Edelgard Fieß-Heizmann, „aber wir schätzen die Zahl der jährlichen Übernachtungen auf den Mitgliedshöfen der Landesarbeitsgemeinschaft auf mehr als eine halbe Million.“ Nach ihren Angaben erwirtschaften die meisten Ferienhöfe inzwischen ein Fünftel ihrer Einkommen im Tourismusgeschäft. „Vor allem im Schwarzwald kämen viele Betriebe ohne das gar nicht mehr über die Runden.“

■ www.urlaub-bauernhof.de

Landkreis will eigene Gemeinde enteignen

Heidelberger Landrat beantragt Zwangsverfahren, um ungeliebten Straßenbau durchzusetzen

HEIDELBERG. Seit Jahren wehrt sich die Stadt Hemsbach (Rhein-Neckar-Kreis) gegen eine neue Straße mitten durch den Ort. Der Bau hat schon begonnen. Der Heidelberger Landrat will Hemsbach enteignen lassen.

Von Johanna Eberhardt

„Das kommt nicht alle Tage vor, dass ein Kreis gegen eine ihm angehörige Gemeinde mit Zwangsenteignung vorgeht“, sagt der Weinheimer Landtagsabgeordnete und Kreisrat Uli Sckerl (Grüne). „Solche Fälle kennt man höchstens in zentralistischen Staaten wie Frankreich, in denen es eine kommunale Selbstverwaltung wie bei uns nicht gibt.“

Seit Jahren verweigert die 12 000-Einwohner-Stadt Hemsbach nördlich von Weinheim dem Rhein-Neckar-Kreis die 6500 Quadratmeter Gelände, die dieser für eine neue Straße von Weinheim nach Laudenbach will und die mitten durch Hemsbach führen soll.

Der Planfeststellungsbeschluss ist trotz heftiger Proteste der Stadt ergangen und 2004 vom Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden. Inzwischen hat der Kreis an einigen Stellen mit den Arbeiten für die neue Strecke begonnen; damit es auch in Hemsbach losgehen kann, hat Landrat Jürgen Schütz (CDU) vorige Woche beim Regierungspräsidium Karlsruhe „Antrag auf vorläufige Besitzanweisung“ für das dortige Gelände gestellt.

„Die rechtlichen Möglichkeiten der Gegner sind ausgeschöpft“, erklärt der Sprecher des Kreises zur Begründung. Mit einem Großteil der Privateigentümer, von denen man Grundstücke für den Straßenbau brauche, sei man „auf einem guten Weg“. Die Stadt habe hingegen eindeutig erklärt, dass sie dem Kreis die nötigen Grundstücke nicht verkaufen werde. „Damit bleibt uns keine andere Möglichkeit als die Enteignung.“

Die Kommune will nun abwarten, wie das Regierungspräsidium entscheidet; sollte es einen Enteignungsbeschluss geben, wolle man in jedem Fall gegen ihn vorgehen, sagt

Bürgermeister Volker Pauli (CDU). „Die Mehrheit der Bevölkerung, des Gemeinderats und auch ich wollen die neue Straße nicht“, sagt er. Sie solle die Bundesstraße 3 entlasten, doch führe sie mitten durch den Ort und belaste damit die Bürger zusätzlich. „Der Landrat selbst hat ganz klar gesagt, er werde die Straße nicht gegen den Willen einer der beteiligten Gemeinden bauen“, erklärt er, daran sollte er sich nun auch halten.

Zwar habe es 1997 tatsächlich eine Mehrheit von einer Stimme für das Projekt im Hemsbacher Gemeinderat gegeben. Doch wenig später sei die Stimmung gekippt. Dennoch habe man weitergeplant; statt nach besseren Lösungen zu suchen, habe der Kreistag einfach gesagt, „die Strecke durch die Stadt ist am besten“, bedauert Pauli.

Sckerl hat den Landrat indessen aufgefordert, seinen Antrag zurückzunehmen und über eine Änderung der Trasse zu sprechen. Schütz müsse die Konfrontation beenden, erklärte er. „Er traut sich das nur, weil er nicht mehr wiedergewählt werden muss.“

Fürs Leben gern ein Stuttgarter.



Würzig - frisch